



Medienkonferenz „Neues Lohnmodell für die Stadtverwaltung“, Donnerstag, 2. Februar 2012

## REFERAT VON STADTPRÄSIDENT ALEXANDER TSCHÄPPÄT

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren  
Geschätzte Medienschaffende

In der Schweiz spricht man nicht gerne über den Lohn. Der Lohn ist Privatsache. Zwei Berufsgattungen bilden allerdings die Ausnahme: die Manager und die Politiker.

Über die Managerlöhne empören wir uns regelmässig. Allerdings nützt das offenbar nichts. Die Managerlöhne steigen und steigen, in guten wie in schlechten Zeiten. Anders bei den Politikerlöhnen: Sie stehen zwar in keinem Verhältnis zu den Managerlöhnen. Aber die Diskussion darüber zeigt stets Wirkung. Dies gilt auch für die Stadt Bern: 2004 hiessen die Stimmberechtigten eine Initiative gut, welche die Löhne für Gemeinderatsmitglieder und leitende Angestellten auf 200'000 Franken begrenzte.

Heute zeigt sich die Problematik dieses Entscheids immer deutlicher: Die „Lohndeckelung“ bestraft nicht nur die Mitglieder des Gemeinderates, sondern setzt das gesamte Lohnsystem der Stadtverwaltung unter Druck. Die städtischen Löhne sind immer weniger konkurrenzfähig. Gegenüber der Bundes- und Kantonsverwaltung geraten wir im Wettbewerb um qualifiziertes Personal ins Hintertreffen.

Für den Stadtrat und den Gemeinderat ist daher die Zeit gekommen, die Dinge beim Namen zu nennen. Das heisst konkret: Die Stadt ist auf erfahrene und versierte Berufs- und Fachleute angewiesen. Die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen hängt von der Qualifikation und der Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Wollen wir ein gut funktionierendes Gemeinwesen, brauchen wir auch künftig gutes Personal. Darum müssen wir jetzt über ein neues Lohnmodell diskutieren.

Der Gemeinderat fordert dies im Wissen, dass der Regierungsrat seine Lohnvorlage vor kurzem wieder zurückgezogen hat. Inwieweit der Rückzug sinnvoll war, will ich nicht kommentieren. Tatsache aber ist: Der Kanton strebte damit insbesondere bei den Regierungsratslöhnen ein viel höheres Niveau an als die Stadt. Doch so oder so ist für den Gemeinderat klar: Wir verlieren unseren Ruf als attraktive Arbeitgeberin, wenn die starre Plafonierung nicht gelockert wird.

Probleme verursacht die „Lohndeckelung“ weniger bei den unteren Lohnklassen, als vielmehr bei den Löhnen im mittleren und oberen Bereich des Kaders. Die Einkommen in den unteren Lohnklassen sind nach wie vor konkurrenzfähig. Je verantwortungsvoller eine Position und je mehr Fachwissen erforderlich ist, desto schwieriger hingegen wird es, die Lohnforderung von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten zu erfüllen. Das erschwert die Rekrutierung und führt immer öfters dazu, dass gute Bewerbungen zurückgezogen werden.

Wenn es trotzdem immer noch gelingt, gutes Personal zu gewinnen und zu behalten, so weil wir ein tolles Arbeitsumfeld bieten. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schätzen es, sich im Dienste der Allgemeinheit und für das Produkt „Stadt Bern“ zu engagieren. Es ist für sie motivierend, einen erkennbaren Beitrag zur Lebensqualität der Hauptstadt zu leisten und im Kontakt mit der Bevölkerung festzustellen, dass der Service public geschätzt wird. Attraktiv ist die Stadt zudem wegen ihrer Sozialleistungen. Stichworte dazu sind: Familienzulagen, Vaterschaftsurlaub, Leistungsprimat in der Pensionskasse.

Auf Dauer allerdings wiegen diese Vorzüge das Lohnmanko nicht auf. Die Höhe des Gehalts spielt eine zentrale Rolle beim Stellenwechsel. Wer Leistungsbereitschaft, Fachwissen und Berufserfahrung mitbringt, will dafür eine marktgerechte Entlohnung. Wer eine solche bei der Stadt nicht bekommt, schaut sich zwangsläufig bei Bund und Kanton oder bei den hochattraktiven Service-public-Unternehmen im Raum Bern um.

Das neue Lohnmodell wird dieser Problematik gerecht und ist vernünftig und ausgewogen ausgestaltet:

1. Es findet keine Umverteilung von unten nach oben statt, wie dies jeweils in der Privatwirtschaft geschieht. Vielmehr werden alle Lohnklassen angehoben – die unteren etwas weniger, die oberen etwas stärker.
2. Insgesamt bewegt sich das Lohnniveau der Stadt immer noch wesentlich unterhalb jenem der Kantonsverwaltung.

3. Das Verhältnis zwischen Minimal- und Maximallohn beträgt rund 1:5. Damit wird die Forderung der 1:12-Initiative bei weitem erfüllt. Was für die Privatwirtschaft angeblich ein Horror ist, ist in der öffentlichen Verwaltung seit jeher Realität.

Angehoben werden auch die Löhne für die Gemeinderatsmitglieder und das Stadtpräsidium. Sie liegen leicht über dem Maximallohn des obersten Kaders. Das ist – so die einhellige Haltung des Gemeinderates – auch richtig und nötig. Die Gründe:

1. Der Gemeinderat repräsentiert den Willen des Souveräns. Er ist es, der die politische Gesamtverantwortung trägt und gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft über das Handeln und Wirken der Stadtverwaltung abzulegen hat. Er ist es auch, der massgeblich die Entwicklung des Gemeinwesens prägt. Diese zentrale Stellung, Funktion und Verantwortung muss im Lohn zum Ausdruck kommen.
2. Das Verhältnis zwischen Minimallohn und Gemeinderatsgehalt bzw. Stadtpräsidiumsgehalt liegt trotz der Lohnanhebung bei genau 1:5,16 bzw. 1:5,38. Das heisst, bei der Ausgestaltung der Gemeinderatsgehälter wird Mass gehalten.
3. Bern verfügt als eine der grössten Schweizer Städte nur noch über fünf Exekutivmitglieder. Gleichzeitig setzt allein die Kernverwaltung jährlich eine Milliarde Franken um. Entsprechend hoch ist die Belastung der fünf Gemeinderatsmitglieder.
4. Auch Politik hat ihren Wert und ihren Preis. Ohne gute Politik gibt es keinen funktionierenden Staat und keine guten Rahmenbedingungen für Gesellschaft und Wirtschaft. Das macht die Arbeit in einer Exekutive zwar sinnstiftend und erfüllend, zumal wir das Privileg haben, uns mit der gesamten Palette des Lebens zu beschäftigen. Allerdings ist diese Tätigkeit auch höchst anspruchsvoll und erfordert die Fähigkeit, Konflikt und Krisen zu meistern. Ein zeitgemässer Lohn wäre ein Zeichen des Vertrauens und der Anerkennung für den Dienst am Gemeinwohl.

Wenig Verständnis hat der Gemeinderat daher für jene, welche die Vorlage splitten wollen, um die oberen Kader besser zu entlohnen als die Stadtregierung.

- Erstens wird damit versucht, einen Keil zwischen die Stadtregierung und das Personal zu treiben. Das ist bedauerlich. Ich bin daher dankbar, dass Herr Arn und Herr Berger heute anwesend sind und damit zum Ausdruck bringen, dass Gemeinderat und Sozialpartner einen guten Dialog miteinander pflegen.
- Zweitens wird damit versucht, den Staat bzw. die Stadtverwaltung zu schwächen. Wer Exekutivmitglieder nicht angemessen entlohnen will, der will einen schwachen, handlungsunfähigen Staat. Er will nicht die besten Köpfe an der Spitze der öffentlichen Verwaltung, sondern nur solche aus der 2. oder 3. Liga. Das aber liegt nicht

im Interesse der Bevölkerung und der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Sie wollen einen effizienten und funktionierenden Dienstleistungsstaat mit kompetenten und verantwortungsbewussten Politikerinnen und Politikern an der Spitze.

Dass der Zeitpunkt der Reform umstritten ist, erstaunt den Gemeinderat nicht. Es gibt nie einen günstigen Zeitpunkt für solche Vorhaben. Das gehört zur Politik. Für den Gemeinderat ist die Zeit gleichwohl reif. Die Stadt Bern hat in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben gemacht. Sie ist finanziell gesund. Sie hat den altrechtlichen Fehlbetrag von fast 300 Millionen Franken abgebaut und mit der Bildung von Eigenmitteln begonnen. Die Lohnvorlage ist daher finanzierbar. Dies auch dank des Personals. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ein Dutzend Sparpakete mitgetragen. Das neue Lohnmodell ist daher auch ein kleines Dankeschön an sie.

Wichtig ist dem Gemeinderat schliesslich, dass nicht das Parlament abschliessend über das neue Lohnmodell befindet, sondern die Stimmberechtigten das letzte Wort haben. Rechtlich gesehen ist es nicht zwingend, die Vorlage zur Abstimmung zu bringen. Aber es waren die Stimmberechtigten, die seinerzeit die „Lohndeckelung“ verfügten. Darum ist es politisch sinnvoll und richtig, wenn das Volk über die Aufhebung der Plafonierung entscheiden kann. Für den Gemeinderat ist dies ein Akt der Glaubwürdigkeit und der Transparenz.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.